

## Jugend und Politik: Ergebnisse einer aktuellen Studie

*Stefanie Hanke*

Das Forum Jugend und Politik der Friedrich Ebert Stiftung (FES) hat in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) eine Studie durchgeführt, die den Formen politischen Engagements junger Menschen auf die Spur kommen will. Das DJI befragt seit Jahrzehnten Jugendliche regelmäßig zu ihren Einstellungen, Werten und Verhaltensweisen. Die FES wollte in einer vertiefenden Studie herausfinden, ob und wie »die Jugend« heutzutage politisch partizipiert und sich engagiert. Neben einer repräsentativen quantitativen Erhebung wird in zwanzig narrativen Interviews nachgezeichnet, welche Wege politisch engagierte Jugendliche für sich gefunden haben, wie sie in Kontakt mit der Politik gekommen sind und was sie motiviert.

Die Ergebnisse zeigen, dass junge Menschen einerseits ein geradezu idealtypisches Set an Einstellungen aufweisen, wie man es vom Nachwuchs in einer konsolidierten Demokratie erwarten darf. Es wird höchstes Vertrauen in die Polizei und die Gerichte gelegt und mehr als 90% sehen in Wahlen das geeignete Mittel, um politisch zu partizipieren. Die Teilnahme an Wahlen wird als oberste Bürgerpflicht angesehen; was allerdings eher vorsichtig als Antwort im Sinne einer sozialen Erwünschtheit interpretiert werden sollte. Denn wenn es um das Abbilden konkreter Handlungen geht, ändert sich das Bild. Mitgliedschaft in einer politischen Partei oder anderen Institutionen gilt als unattraktiv, langfristige institutionelle Bindung wird abgelehnt. Den Parteien droht der Nachwuchs abhanden zu kommen. Viele junge Menschen finden keinen Zugang zum aktiven Engagement in politischen Parteien. Oft mangelt es an einladender Ansprache oder die vorfindbare Sitzungs- und Gremienkultur befremdet. Mitarbeit ohne formale Bindung wird gewünscht; ein Engagement der kurzen Wege und der Erfahrung hoher Selbstwirksamkeit.

### Ausgang

Im Jahr 2015 erarbeitete ein Team bestehend aus FES, des DJI und des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft GmbH (infas) ein Befragungsdesign um herauszufinden, ob und wie sich die Jugend in Deutschland engagiert und welche Engagementformen besonders beliebt sind. Eine Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilhabe Jugendlicher in Deutschland sollte untersuchen, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich junge Menschen gesellschaftlich und politisch engagieren, welche Faktoren Engagement fördern und welche Motive Jugendliche haben, die sich in besonderem Umfang politisch engagieren. Die 17. Shell-Studie hatte Ende 2015 konstatiert, die deutsche Jugend befände sich in einem Aufbruch, denn deutlich mehr Jugendliche als bisher

seien wieder »politisch«. Wir wollten wissen, ob sich dieses steigende Interesse am politischen Geschehen auch in einer wachsenden politisch-gesellschaftlichen Beteiligung Jugendlicher messen lässt?

## Datengrundlage



Angaben in Prozent; Basis: n=2.075 Fälle; Anteil: Kommt in Frage

Quelle: FES/DJI/infas Jugendstudie – Onlineerhebung Mai bis Juli 2015

infas

Abbildung 1: Radius politisch-gesellschaftlicher Teilnahme bei Jugendlichen

unterstützten Web-Interviews (CAWI) – also als eine sogenannte Online-Befragung – zwischen Ende Mai und Mitte Juli 2015 durchgeführt. Insgesamt 2.075 Jugendliche nahmen an dieser Befragung teil. Im Rahmen der CAWI-Erhebung wurde die Bereitschaft der Befragten erhoben, an einem vertiefenden persönlichen Interview zum Thema teilzunehmen. Auf Basis der erhobenen Daten aus der CAWI-Erhebung sollten empirische Typen politisch engagierter Personen gebildet werden.

Um eine solide Grundlage zu gewinnen, wurde eine umfangreiche empirische Studie initiiert. Auf einer möglichst breiten Basis sollten Bedingungen und Formen politischer Partizipation Jugendlicher in den Blick genommen werden. Zur Durchführung dieser Erhebung konnte auf den Bestand einer beim DJI und infas laufenden Panelerhebung zurückgegriffen werden. Dies wurde möglich, da die Fragestellungen des DJI-FES-infas-Forschungskonsortiums inhaltlich in die laufenden Befragungen des Panels »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A) integriert werden konnten. Die Zielgruppe der Erhebung bildeten Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren. Für die Zielgruppe stand eine Bruttostichprobe panelbereiter Jugendlicher im Umfang von 9.174 Personen zur Verfügung. Die Haupterhebung wurde mit der Methode des computer-

Die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte dafür entsprechende Definitionen und ein Auswahlraster. Auf Basis dieses Auswahlrasters wurden Fälle für 20 vertiefende leitfadengestützte Interviews ausgewählt.

In der Erhebung wurden die Jugendlichen gefragt, welche politischen und gesellschaftlichen Formen von Teilhabe sie sich denn überhaupt vorstellen können. Dabei wurde in der Frage in Rechnung gestellt, dass es ganz mannigfaltige Wege gibt, heutzutage im weitesten Sinne »politisch aktiv« zu sein. Einen Überblick über diese möglichen Aktivitäten – den Radius politisch-gesellschaftlicher Beteiligungsformen – gibt die Abbildung 1.

### **Große Unterschiede zwischen »genereller Bereitschaft« und »wirklichem Tun«**

Die Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Beteiligung werden schärfer, wenn nicht allein grundsätzliche Bereitschaften erfragt werden, sondern wenn es darum geht, ob der oder die Jugendliche tatsächlich schon ein- oder mehrmals eine bestimmte Handlungsform in die Tat umgesetzt hat.

Unterschriftensammlungen, politischer Konsum und Demonstrationen sind dabei handlungsrelevant, werden also am ehesten in die Tat umgesetzt. Auch internet-bezogene Aktivitäten werden von der Mehrheit der Jugendlichen, für die diese Handlungen in Frage kommen, ausgeführt. So beteiligten sich 61 Prozent mindestens einmal an politischen Diskussionen im Internet, 63 Prozent haben schon mal an einer Online-Protestaktion teilgenommen und 41 Prozent stellen Fotos oder Videos mit politischen Botschaften ins Internet.

Mit Blick auf konventionelle politische Beteiligungsformen treten Unterschiede zwischen genereller Bereitschaft und tatsächlicher Umsetzung stärker in den Vordergrund. So kommt zwar für 45 Prozent der Jugendlichen in Frage, an einem politischen Projekt in einem Jugendverband oder einer Jugendinitiative mitzuarbeiten. Doch nur 27 Prozent haben dies bereits getan. Ähnlich sieht es mit dem Engagement in einer politischen Partei aus. Für 30 Prozent aller Befragten ist diese Aktivität vorstellbar. Jedoch hat sich nur ein knappes Fünftel (18 Prozent) jemals in dieser Weise beteiligt. Und auch nur 10 Prozent der Jugendlichen die sich vorstellen können, sich in einer Gewerkschaft zu engagieren, haben jemals in einer Gewerkschaft aktiv mitgearbeitet bzw. sind Mitglied einer Gewerkschaft. Die Übernahme eines politischen Amtes ist nur für eine Minderheit eine Option und wird auch kaum in die Tat umgesetzt.

Somit lässt sich feststellen, dass bei Jugendlichen zwar generelles Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen besteht, denn die Antworten zeigen durchaus eine offene Haltung gegenüber vielfältigen Handlungsformen. Die Bereitschaft, entsprechend zu handeln und Dinge konkret in die Tat umzusetzen ist nicht so eindeutig ausgeprägt. Eine generelle Handlungsbereitschaft setzt sich vielfach nicht in tatsächliche Handlungen um.

### **Die Mehrheit der Jugendlichen ist nicht politisch aktiv**

Um eine Aussage über das Ausmaß der politisch-gesellschaftlichen Beteiligung treffen zu können, wurde zwischen einer politisch-gesellschaftlichen Teilnahme im weiteren, sowie engeren Sinne unterschieden. Als ein politisches Engagement im engeren Sinne wurde definiert, wenn Jugendliche sich in besonderem Maße für

Politik interessieren, diese als für sie wichtigen Lebensbereich erachten und ihr Engagement selbst unter ein politisches Vorzeichen stellen. Dem Engagement von Jugendlichen, die sich nicht unbedingt selbst als politisch interessiert bezeichnen, liegt oftmals ein weniger konventionelles Verständnis von Politik zugrunde. Diese Form des Engagements wurde im Rahmen der Studie als politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weitesten Sinne definiert.

Auf Basis dieser Definition kann festgestellt werden, dass

- sich 42 Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren in einem weiteren Sinne politisch-gesellschaftlich beteiligen;
- eine Mehrheit von 58 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik dies hingegen nicht tut.

Und ein weiterer wichtiger Befund: Nur 28% der der politisch engagierten Jugendlichen sind weiblich.

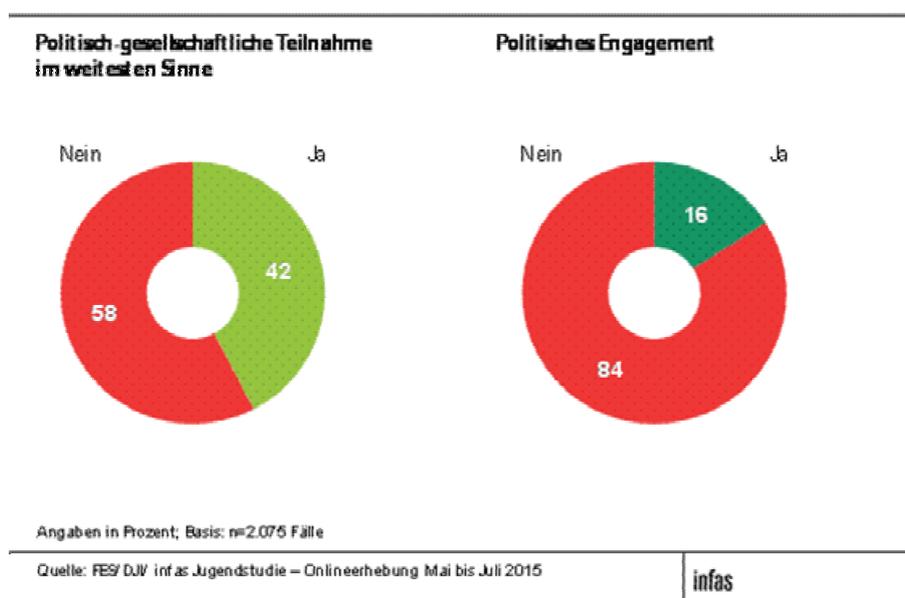


Abbildung 2: Politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weiteren Sinne im Vergleich zu politischem Engagement im engeren Sinne.

Unkonventionelle politische Partizipation umfasst in der Studie u. a. die Teilnahme an Demonstrationen, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die aktive Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, aber auch eine Reihe von internetbasierten Aktivitäten wie beispielsweise die Beteiligung an einer Online-Prottestaktion oder sich im Internet aktiv an politischen Diskussionen beteiligen.

Solche unkonventionellen Partizipationsformen weisen eine breite Akzeptanz auf, werden vielfältig genutzt, wobei Demonstrationsteilnahme und Beteiligung an einer Online-Prottestaktion die am häufigsten genannten sind. Aktivitäten im Internet spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Wenn man solche Formen getrennt betrachtet, zeigt sich, dass sie zumeist mit anderen unkonventionellen Aktivitäten zusammen genutzt werden. Der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich über das Internet mobilisieren lassen, ist vergleichsweise gering.

Man kann also auch hier von einer Erweiterung des Partizipationsrepertoires sprechen, nicht von einer Ablösung von älteren durch neuere Formen der Partizipation.

Unter Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren sind Aktivitäten mit individuellem, flexiblem und unverbindlichem Charakter dabei gefragt als die »klassische« Mitarbeit in Institutionen, welche mit Verbindlichkeiten einhergeht. Vor solchen Verbindlichkeiten scheut man offenbar zurück, insbesondere dann, wenn klassische politische Institutionen – Parteien und Verbände ins Spiel kommen.

### **Absage an politische Parteien**

Nur 3 % der Jugendlichen sind Mitglied einer politischen Partei. Dies entspricht einem gesamtgesellschaftlichen Trend, denn bei fast allen Organisationen sind die Mitgliederzahlen rückläufig. Die Bindung der Mitglieder lässt nach und das Angebot an sonstigen Möglichkeiten der Beteiligung (Internet, Social-Media-Kanäle) wächst.

Vor allem Unlust und Unwissenheit darüber, wie sie sich in politischen Parteien einbringen können, stellen für Jugendliche Motive dar, sich nicht parteipolitisch zu engagieren. So betont knapp die Hälfte der von uns befragten Jugendlichen, dass Parteien als Gelegenheitsstruktur politischer Beteiligung attraktiver wären, wenn Mitarbeit ohne Mitglied sein zu müssen, möglich wäre. Sie wünschen sich, dass die junge Generation mehr Gestaltungschancen, Raum und Sichtbarkeit hat und dass eine klarere Programmatik eine stärkere Möglichkeit themenbezogener Mitarbeit ermöglicht. Seltener werden Vorteile von Amtsübernahme oder Quotenregelungen genannt.

### **Auswirkungen auf das politische System**

Im Vergleich zu einer vertikal ausgerichteten repräsentativen Politik hat sich über soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Initiativen ein horizontales Politikverständnis verbreitet. Eine Teilnehmerin beschreibt es plastisch als »in der Nähe ansetzend und darauf abzielend, die Welt in kleinen Schritten zu verändern«. Für den Einzelnen sind diese Erfahrungen wichtiger geworden, angesichts der Erosion von Halt gebenden Milieus und Organisationen. Und wer will schon im Stadtrat kommunale Verordnungen lesen, wenn es doch darum geht, die Welt zu retten. Aber auch die Erfahrung oder nur die Antizipation von Machtkalkül, ‚Amtshuberei‘ und parteiinterner Hierarchie wirken abschreckend auf junge Menschen, die einen Platz in der Welt suchen, an dem sie einen Unterscheid machen können; d.h. einen substantiellen und sichtbaren Beitrag zu einer besseren Welt zu liefern.

Aus den Interviews geht hervor, dass weniger bestimmte (Vorbild-)Personen oder spezifische (historisch-politisch) Ereignisse, als die Sozialisation in Familien und Schulen den relevanten Ausgangspunkt des Engagements Jugendlicher darstellen. Mehr als die Hälfte der Personen sehen sich durch die Eltern zu politischem Engagement angeregt. Generell ist die soziale Anerkennung ihres Engagements für alle Befragten von hoher Bedeutung. Entsprechend schwer haben es Jugendliche, die in politik- und bildungsfernen Milieus aufwachsen.

Wenn Bildung der Schlüssel ist, mit dem die Tür zur Teilnahme an der modernen Welt geöffnet und aufgestoßen werden kann, so weist politische Bildung den Weg durch diese Tür hindurch in ein aktives, teilnehmendes und gestaltendes Leben.

Ein geringes politisches Interesse zieht geringe Wahlbeteiligungen nach sich und unzureichende politische Bildung führt dazu, dass allzu schnell den Verlockungen populistischer Erklärungsmodelle nachgegeben wird. Die Akteure der politischen Bildung in Deutschland, wie z.B. politische Stiftungen, sind wichtige Protagonisten, durch die viele Schülerinnen und Schüler erreicht werden können. Dabei hängt es jedoch ausschließlich von der persönlichen Verantwortung der Lehrperson ab, ob solche Bildungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden oder nicht. Lernen fürs Leben an außerschulischen Lernorten« wird dabei zunehmend einem durch G8 erzeugten Zeitdruck geopfert. Und wenn der Rektor der Schule den Besuch einer Bildungsveranstaltung bei einer politischen Stiftung als zu heikel (im Sinne von politisch tendenziös oder seiner persönlichen politischen Präferenz nicht entsprechend) empfindet, findet ein Besuch eben auch nicht statt.

Politisch zu arbeiten bedeutet vor allem, dicke Bretter zu bohren. Eine Binsenweisheit. Es ist fraglich, ob es einer Gesellschaft zuträglich ist, wenn sie ihren Nachwuchs zu früh an die dicken Bretter setzt. Wichtiger scheint, dass die jungen Menschen die Erfahrung machen, dass sie unmittelbar etwas bewegen können. Im als sinnvoll erlebten Handeln merken, wie es ist, sich selbst und den anderen im Gespräch zu begegnen und wo in der Gesellschaft ein Platz ist, an dem sie einen Unterschied machen können. Letztlich ist dazu jede Form von gesellschaftlichem Engagement eine gute Lehre. Um sich dann später, als reifere Persönlichkeit, bewusst in einer Organisation wie z.B. einer politischen Partei bewegen zu können, in der es vor allem um Aushandlungsprozesse und Kompromisse geht und wo oft das persönliche Interesse hinten angestellt werden muss. Eine Herausforderung, an der übrigens auch viele Ältere scheitern.

### Anmerkung

---

Eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Studie finden Sie auch auf der Website der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im September 2016 erscheint voraussichtlich eine Publikation mit sämtlichen Ergebnissen sowie zahlreichen Analysen.

<https://www.fes.de/de/gute-gesellschaft-soziale-demokratie-2017plus/staerkung-der-demokratie-und-demokratischer-teilhabe/artikel-in-staerkung-der-demokratie-und-demokratischen-teilhabe/jung-politisch-aktiv-eine-studie-zur-politisch-gesellschaftlichen-teilnahme-jugendlicher/>

---

## Autorin

**Dr. Stefanie Hanke** ist Leiterin des Forums Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Soziologin hat in Politik, Soziologie und Ethnologie promoviert.

## Kontakt

Dr. Stefanie Hanke

Forum Jugend und Politik

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel. (02 28) 883 - 7134

Fax. (02 28) 883-9223

E-Mail: [Stefanie.Hanke@fes.de](mailto:Stefanie.Hanke@fes.de)

[www.fes.de/forumjugend/](http://www.fes.de/forumjugend/)

---

## Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)